

Interview: „Der bisherige Weg ist gescheitert“

02.06.2017

In dieser Woche tagen führende Drogen- und Suchtexperten in Hamburg und diskutieren über die partielle Freigabe von Rauschmitteln. Henrik Jungaberle ist dafür – unter einigen Voraussetzungen Der Drogen- und Präventionsforscher Henrik Jungaberle (49) hat ein Aufklärungsbuch über „High sein“ geschrieben, führt das Präventionsinstitut FINDER und fordert eine offenere Drogenpolitik: Nur über eine Teillegalisierung des Drogenmarktes könne der kriminelle Schwarzmarkt besser kontrolliert werden, sagt er. Am Mittwoch wird er mit anderen Fachleuten auf Einladung des Bundes Deutscher Kriminalisten (BDK) den Hamburger Kampf gegen Drogenkriminalität analysieren und Alternativen erörtern. (von Denis Fengler, DIE WELT 29. Mai 2017)

Die WELT: Mit Razzien und Kontrollen versucht die Polizei die Drogenkriminalität in den Griff zu bekommen. Die Szene dealt weniger öffentlich, wurde in Teilen verdrängt, allerdings werden weder weniger Drogen verkauft noch konsumiert. Ist dieser Weg der Drogenbekämpfung noch der richtige?

Henrik Jungaberle: Er kann auf lange Sicht nicht als der richtige Weg betrachtet werden. Es war ein Versuch und ist doch weitestgehend gescheitert.

Die WELT: Warum gescheitert?

Henrik Jungaberle: Die Macht des Schwarzmarktes ist größer als alle Mittel, die die Polizei aufbringen kann. Die Generalprohibition von Drogen ist das falsche Werkzeug. Will man den Schwarzmarkt zurückdrängen, muss man die Prohibition ergänzen: Die am wenigsten riskanten Substanzen sollten entkriminalisiert und legalisiert werden. Das aber erfordert ein Umdenken: zu bekennen, dass der bisherige Weg gescheitert ist. Es gibt heute bedeutende Politiker und Wissenschaftler, die die Prohibition für gescheitert halten. Es ist nicht der Ruf selbstmotivierter Gruppen, die legal konsumieren wollen, sondern der Ruf von Menschen, die über die Gefährlichkeit des Drogenmarktes wirklich besorgt sind.

Die WELT: Welche Substanzen sollten legalisiert werden?

Henrik Jungaberle: Den Cannabismarkt legal zu regulieren, ist ein Gebot der Stunde. Ich vermute, dass sich nach erfolgreicher Bewältigung als nächste Substanzklasse die Psychedelika anbieten. Dass wir uns richtig verstehen: Es gibt keine ungefährlichen Drogen – aber das Risikoprofil unterscheidet sich enorm. Ungefährlichere Substanzen zu legalisieren hieße nicht, dass die Menschen aufgefordert werden, Cannabis zu rauchen, oder dass Heroin am Kiosk verkauft wird. Die Verfügbarkeit sollte so gering wie möglich gehalten werden. Hinter dieser Idee steckt die wissenschaftlich begründete Hoffnung, dass gefährlichere Substanzen wie Opiate oder die meisten Stimulanzien weniger konsumiert werden, wenn wir Alkohol, Nikotin, Cannabis, vielleicht einige Halluzinogene wie Psilocybinpilze und wenige Stimulantien in einem staatlich kontrollierten Markt zugänglich machen. Auch dann würde es einen Schwarzmarkt geben, der aber viel kleiner wäre, wie man an Staaten mit Cannabis-Legalisierung sieht, und damit besser zu kontrollieren.

Die WELT: Das Bedürfnis nach dem Rausch lässt sich nicht unterdrücken, ist eine Ihrer Hauptthesen.

Henrik Jungaberle: Menschen haben in allen bekannten Gesellschaften rauschähnliche Zustände aufgesucht, deshalb sollten wir doch die positiven Formen von Rausch fördern, wie die verbesserte Kontaktfähigkeit, Introspektion und Kreativität. Und die negativen, wie die dumpfe Betäubung und Realitätsflucht, zurückdrängen. Nach der „Single Convention on Psychotropic Substances“ von 1961, dem wichtigsten Prohibitionsvertrag, ist durch eine beispiellos undifferenzierte Anti-Drogen-Propaganda viel Misstrauen erwachsen. Das hat zu einer verlogenen Trennung zwischen legalen und illegalen Drogen und Behinderung der Forschung geführt. Legale Drogen sind nicht legal, weil sie ungefährlicher sind, illegale nicht illegal, weil sie gefährlicher sind. Alkohol und Nikotin machen enorme Probleme, die nicht mit derselben Vehemenz angegangen werden. Und das bei jährlich 80.000 Alkohol- und 170.000 Nikotintoten.

Die WELT: Warum besteht diese Trennung fort?

Henrik Jungaberle: Die Grundidee, dass Drogen nur schädlich sein können, hat sich so tief in die Köpfe von Menschen eingefressen, dass es für viele Leute, insbesondere in der Politik, kaum möglich ist, in Alternativen zu denken. Drogenpolitik ist über 70 Jahre fast ohne wissenschaftlichen Bezug betrieben worden. Es laufen zwei völlig unterschiedliche Diskurse – der wissenschaftliche und der politische. Statt sich auszutauschen, beäugt man sich: Sind auf der wissenschaftlichen Seite gefährliche Legalisierer oder irgendwelche Umstürzler am Werk?

Die WELT: Wie könnte eine moderne Drogenpolitik aussehen?

Henrik Jungaberle: Der Schwarzmarkt kann nur dadurch verkleinert werden, indem die Substanzen in einem gut überwachten und staatlich kontrollierten System zur Verfügung gestellt werden. Ein Teil des Konsums etwa der Psychedelika müsste zudem an bestimmte Orte gebunden sein, etwa Kliniken oder von Fachleuten geleitete Zentren. Ein Beispiel: Aus Studien wissen wir, dass zwischen zehn und zwanzig Prozent der Partygänger riskanten Konsum betreiben und gesundheitlich gefährdet sind. Für diese Leute sollte es außer dem Zugang zu reinen sauberen Substanzen die Möglichkeit zum Drug-Checking geben und eine enge Präventionsbegleitung mit Übergang zur Behandlung. Aus der Berliner Suchthilfe wissen wir, dass nur bei einem Prozent der Partys Ansprechpartner für Suchtgefährdete vor Ort sind. In einem zukünftigen System müssten die Prävention, die Ansprache und der Übergang ins Behandlungssystem viel leichter fallen. Dass der Staat den Verkauf von Drogen reguliert, wirkt auf den ersten Blick ambivalent – in Wirklichkeit geschieht das aber bereits im Apothekensystem. Und die mehr als zwei Millionen Medikamentenabhängigen werden auch nicht kriminalisiert.

Die WELT: Der Staat müsste aufpassen, nicht südamerikanische Drogenkartelle zu finanzieren.

Henrik Jungaberle: Es darf nicht passieren, wie es lange in den Niederlanden der Fall war, dass der Konsum erlaubt wird, dass Cannabis aber durch die Hintertür auf dem Schwarzmarkt eingekauft werden musste. Es muss einen staatlich kontrollierten zweiten Markt geben. Am Beispiel Cannabis heißt das, man müsste staatlich kontrollierte Anbauflächen ausweisen, die Qualität und den Verkauf kontrollieren – wie im Medikamentenmarkt auch. Es müsste eine Kennzeichnungspflicht über Inhalte und Dosis geben, wie bei Wein und Bier.

Die WELT: Ist die deutsche Gesellschaft schon bereit für solch tief greifende Veränderungen?

Henrik Jungaberle: Sie ist auf dem Weg dorthin, aber noch nicht bereit. Ob dieser Weg weitergeführt wird, hängt wesentlich von der Klugheit und Weitsicht unserer Politiker und Journalisten ab. Und von dem Maße, in dem man sich für die Argumente der Wissenschaft öffnet – übrigens auch für Argumente der offiziellen Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht. Die Gelegenheiten sind da, wie bei der anstehenden Fachtagung des BDK oder bei der internationalen #DrugScience2017-Konferenz, die ich mit Kollegen Anfang September am Campus Charité Mitte in Berlin veranstalte. Im Fall Cannabis ist ja bereits sehr viel Bewegung da und wohl auch die Bereitschaft in der Bevölkerung, eine solche Veränderung zu tolerieren. Der aktuelle Streit um die Cannabis-Legalisierung ist doch immer noch ein reiner Kulturkampf: konservativ versus progressiv. Und das ist ganz einfach gegen die Interessen der Bevölkerung.

WebLink:

https://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article165021506/Der-bisherige-Weg-ist-gescheitert.html